

## UN-Aufnahme Palästinas

Auf die bevorstehende Generalversammlung der Vereinten Nationen kommt eine für die weitere Entwicklung im Nahen Osten wichtige Entscheidung zu. Es geht um die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UN, die die PLO beantragen wird. Zwar steht jetzt schon fest, dass die USA gegen einen solchen Antrag im UN-Sicherheitsrat ihr Veto einlegen werden, doch werden sie nicht verhindern können, dass ein darauf folgender Alternativantrag der Arabischen Liga auf Aufnahme Palästinas als „non-member-state“ der UN, analog dem Vatikan oder früher der Schweiz, in der Generalversammlung, die dies zu entscheiden hat, eine klare Mehrheit finden wird.

Damit würde Palästina, das sich 1988 schon zu einem eigenständigen Staat ausgerufen hat, über seinen bisherigen Status als Beobachter hinaus als „permanenter Beobachter“ Vollmitglied in den Unterorganisationen der Vereinten Nationen und dort auch Ämter übernehmen und entsprechend mehr Einfluss ausüben können.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die rechtsgerichtete nationalistische israelische Regierung Netanjahu/Liebermann alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Aufnahme Palästinas in die UN zu verhindern. Ein früher Erfolg war die vorschnelle und mit ihren EU-Partnern nicht abgestimmte Erklärung der deutschen Kanzlerin bei Netanjahus letztem Besuch in Berlin, Deutschland werde gegen eine Aufnahme stimmen. Auch das war keine Überraschung angesichts Merkels seit jeher einseitig an den Interessen Israels ausgerichteter Politik, für die sie von der einflussreichsten Israel-Lobbyorganisation der USA, der AIPAC, vor kurzem erst ausgezeichnet wurde. Vorwand für diese Einstellung ist die Forderung, dass der Aufwertung Palästinas ein mit Israel ausgehandeltes Friedensabkommen voran gehen müsse.

Seit mehr als 40 Jahren wurden die Palästinenser mit diesem Argument hingehalten und Israel in die Lage versetzt, in dem von ihm völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Westjordanland einschließlich Ostjerusalems systematisch Fakten durch die sogenannte Siedlungspolitik zu schaffen, um damit die mögliche Lebensfähigkeit eines eigenen palästinensischen Staates zu untergraben. Mit massiver staatlicher Förderung wurden auf den den Palästinensern verbliebenen 22% ihres ursprünglichen Territoriums einschließlich des arabischen Ostjerusalems fast 500000 Israelis angesiedelt trotz aller UN-Entschliessungen und internationaler Proteste, selbst der USA und Deutschlands. Während seit Jahren gebetsmühlenhaft eine Zweistaatenregelung als Ziel der Staatengemeinschaft und damit der Lösung des Nahostkonflikts beschworen wird, hat man bis heute tatenlos zugesehen, wie das Westjordanland mehr und mehr zerstückelt wird durch israelische Siedlungen und Infrastrukturmaßnahmen für die Siedler sowie den Bau einer Mauer, durch die sich Israel weiteres Territorium der Palästinenser einverleibt hat. Ein lebensfähiger Palästinenserstaat wird damit immer unwahrscheinlicher, der angebliche Friedensprozess mehr und mehr zu einer Farce.

So verkündete Präsident Obama vor einem Jahr vor der UN-Generalversammlung, er wolle innerhalb eines Jahres Frieden zwischen Israel und den Palästinensern schaffen. Stattdessen hat das Regime Netanjahu sich über seine Aufforderungen zum Stopp des Siedlungsbaues zynisch hinweggesetzt, ihn damit lächerlich gemacht und neue Verhandlungen erfolgreich torpediert. Denn schließlich wäre es eine unerträgliche Zumutung für die Palästinenser, mit einer israelischen Regierung zu verhandeln, die gleichzeitig ihren Siedlungsbau in den besetzten Gebieten rücksichtslos vorantreibt wie zuletzt vor wenigen Tagen erst wieder mit der Genehmigung des Baus von 1600 neuen Wohneinheiten im arabischen Ostjerusalem.

Wie schon alle seine Vorgänger hat auch US-Vermittler Senator Mitchell inzwischen entnervt aufgegeben. Netanjahu dagegen wurde bei seinem Auftritt vor dem US-Kongress im Mai mit Ovationen bedacht für seine, Präsident Obama brüskierende Rede, die jeden Kompromiss mit den Palästinensern ausschloss.

Liest man das brillante Buch der beiden US-Professoren Mearsheimer und Walt über die Israel-Lobby und ihren Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik und nimmt man den Druck der evangelikalen christlichen Rechten und ihres alttestamentarisch gefärbten Weltbildes auf die amerikanische Politik hinzu, wie er sich jetzt bei den ultrakonservativen Republikanern auf

erschreckende Weise darstellt, dann wundert einen nichts mehr. Dass ein Zusammenhang zwischen Wahlspenden für US-Kongressmitglieder- und kandidaten und ihrer jeweils positiven Einstellung zu Israel eine nicht unbeträchtliche Rolle im amerikanischen politischen Leben spielt, ist zudem hinlänglich bekannt. Es ist kaum anzunehmen, dass amerikanische Politiker angesichts der verheerenden Finanzlage bei den beschlossenen und noch zu beschließenden Haushaltskürzungen von Billionen Dollar auf die Idee verfielen, auch die seit langem jährlichen 3 Milliarden Dollar (nach Schätzungen liegen die Zahlen noch höher) an Entwicklungshilfe (davon etwa 75% Militärhilfe) für Israel zu streichen oder zu kürzen. Niemand wird das wohl riskieren.

Mit Netanjahus Rede, die weltweit ein vernichtendes Echo auslöste, wurden auch alle Bemühungen des Nahostquartetts, dem neben der UN, die EU, Russland und schließlich auch die USA angehören, einfach weggewischt, ist wieder einmal Ratlosigkeit eingetreten. Allmählich müssten sich diejenigen, die unentwegt die Anerkennung des Existenzrechts Israel fordern, obwohl dies seitens der Palästinenser längst geschehen ist, gleichzeitig aber die Anerkennung eines Staates Palästina zu verhindern suchen doch klar darüber werden, dass eine Fortsetzung der verhängnisvollen israelischen Siedlungs-, Besatzungs- und Blockadepolitik seit 1967 die Existenz Israels auf Dauer viel mehr aufs Spiel setzen wird als die angebliche Bedrohung durch die ihrer Rechte weitgehend beraubten und schutzlosen Palästinenser. Mit ihrem tatenlosen Zusehen, nur gelegentlich unterbrochen von zaghafte und wirkungslosen Protesten, etwa nach dem brutalen Gazakrieg, wie im UN-Bericht des (jüdischen) Richters Richard Goldstone dokumentiert, mit der anhaltenden wirtschaftlichen Blockade Gazas und der Tötung der neun Friedensaktivisten beim Versuch, diese auf See zu durchbrechen oder dem Mord von Dubai schaden sie in Wahrheit der Zukunft Israels und fördern ungewollt seine immer größer werdende internationale Isolierung.

Sie nehmen offensichtlich auch nicht zur Kenntnis, was die israelische Opposition zum Verhalten der gegenwärtig regierenden Rechtsaußenparteien in Jerusalem sagt. So hat der lange als Hardliner angesehene frühere israelische Generalstabschef und Verteidigungsminister Scha'ul Mofaz, neben Frau Livni der führende Abgeordnete von Kadima, Israels größte Oppositionspartei, kürzlich in einem SPIEGEL-Interview zur Politik Netanjahus klar und deutlich erklärt: " Er will keinen Frieden. Ich sage das ganz offen." Auch findet er eine der vielen neuen Vorbedingungen seines derzeitigen Ministerpräsidenten für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Palästinensern, nämlich die Anerkennung Israels „als jüdischer Staat“ als ein bewusstes Hindernis, um den Friedensprozess aufzuhalten: "Wir sind ein jüdischer Staat, so oder so".

Dazu sei bemerkt: Der „Staat Israel“ ist Völkerrechtssubjekt und Mitglied der Vereinten Nationen, nicht aber ein „ Jüdischer Staat Israel“ im Gegensatz etwa zur „Islamischen Republik Iran“. Das gute Fünftel muslimischer Palästinenser israelischer Staatsangehörigkeit kann man im Übrigen nicht einfach außer Betracht lassen.

Zur bevorstehenden UN-Debatte zu dem Aufnahmeantrag Palästinas verweist eine Studie der Berliner *Stiftung Wissenschaft und Politik* auf die Tatsache, dass vor wenigen Monaten die UN, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank bestätigt haben, „dass die Palästinenser die Voraussetzungen von Staatlichkeit erfüllen- soweit dies unter fortdauernder Besatzung möglich ist.“

Der UN-Sonderbeauftragte für den Nahostfrieden, Robert Serry, erklärte Ende Juli vor dem Sicherheitsrat, dass die Palästinensische Autorität in der Lage sei, „*die Verpflichtungen, die mit Eigenstaatlichkeit einhergehen, zu jedem Zeitpunkt in der nahen Zukunft zu übernehmen.*“ Dass die unter dem palästinensischen Ministerpräsidenten Fayyad erzielten bedeutenden und international gewürdigten Verbesserungen in Wirtschaft, Verwaltung, Infrastruktur und Sicherheitslage nur für 40% der Westbank gilt, liegt am Zustand des von Israel zersiedelten und- man darf wohl auch sagen- kolonialisierten restlichen Teils des palästinensischen Staatsgebietes.

Das palästinensische Ostjerusalem und Gaza können von einem solch bitter nötigen Aufschwung erst profitieren, wenn das palästinensische Staatsvolk in einem lebensfähigen gemeinsamen Staat leben darf, wenn sein Existenzrecht genauso durchgesetzt wird wie das

Existenzrecht Israels, wenn die Sicherheit beider Staaten international garantiert wird. Das wird nur durch einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss und nicht durch ein verhängtes Diktat möglich sein, wie es die israelischen Rechtsaußenparteien vertreten. Der Aufnahmeantrag der Palästinenser weist den richtigen Weg, wird die Rechte der Palästinenser stärken und Verhandlungen erleichtern.

Der Versuch der USA oder der deutschen Regierung, sie davon abzuhalten und erneut auf eine ferne Zukunft zu verweisen, ist insofern völlig unglaubwürdig, als beide Staaten außer sanften Mahnungen so gut wie nichts unternommen haben, die israelische Regierung von der Fortsetzung ihrer Siedlungspolitik abzubringen und auf die Durchsetzung des Völkerrechts zu dringen.

Erfreulicherweise haben prominente Europäer inzwischen die Initiative ergriffen, die EU endlich zu einem energischeren Handeln im Nahostprozess anzutreiben. Mit ihrem Brief an den EU-Ratspräsidenten van Rompuy und die außenpolitische Bevollmächtigte Lady Ashton Ende vergangenen Jahres haben 23 ehemalige europäische Minister, Staats- und Regierungschefs, darunter auch Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt an die EU-Beschlüsse von 2009 und an ihre Umsetzung erinnert, da sonst eine Zweistaatenlösung kaum zustande kommen werde. Fast die gleichen Persönlichkeiten haben in einem offenen Brief im Juli davor gewarnt, die sich anbahnende Bildung einer Einheitsregierung von PLO und Hamas zu untergraben, da sonst eine Lösung des Konfliktes ausweglos werde. Im Juli haben 32 ehemalige deutsche Botschafter in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle appelliert, einem Aufnahmeantrag Palästinas in die UN zuzustimmen und für ein gemeinsames Ja der Stimmen Europas zu sorgen. Nach mehr als 40 Jahren israelischer Besatzung und fortwährender Weiterführung der israelischen Siedlungspolitik sei die auch von der Bundesregierung unterstützte Zweistaatenlösung in Gefahr. Israel missachte mit seiner Politik die Grundprinzipien der westlichen Wertegemeinschaft. Der luxemburgische Außenminister Asselborn erklärte, dass angesichts der Tatsache, dass die israelische Regierung alles mache, um Verhandlungen zu verhindern, müsse die EU ein Zeichen setzen, „nicht nur mit Worten“, sondern „sie müsse gegebenenfalls auch über politische Konsequenzen nachdenken.“

Es ist wohl aber kaum damit zu rechnen, dass Frau Merkel von ihren der israelischen Rechten gemachten Zusagen abrücken wird. Von ihrem treuen Koalitionspartner im Außenministerium ist das ebenso wenig zu erwarten.

In dieses Bild passt auch die kürzliche dreitägige Reise des deutschen Verteidigungsministers de Maizière nach Israel, der mit der israelischen Regierung offenbar ausschließlich über die Sicherheit Israels und eine weitere Verstärkung der deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit und gemeinsame Manöver gesprochen hat. Schließlich ließ er sich aus der Luft im israelischen Militärhubschrauber die Lage in Gaza erläutern. Objektiver kann man sich wohl kaum informieren. Inzwischen demonstrieren aber auch in Israel breite Volksschichten gegen ihre Regierung und werfen ihr vor, sie sei für die steigenden Preise, die hohen Mieten und die soziale Schieflage verantwortlich. Grund für die wachsende Verschuldung sehen sie auch in dem völlig überzogenen Rüstungshaushalt und den Milliarden, die die Regierung Netanjahu in den Bau neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten steckt, um jüdische Siedler auch aus dem Ausland anzulocken. Vielleicht gelingt es ja auch in Israel, für einen baldigen politischen Wechsel zu sorgen, im Interesse Israels und der ganzen Welt.

Was die deutsche Haltung betrifft, so kommt die erwähnte Studie der hoch angesehenen Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik zu dem Ergebnis, dass „die deutsche Regierung gut daran täte, ihre ablehnende Haltung zu einer Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen als Vollmitglied zu überdenken und im Rahmen der EU-Vermittlung an der Zweistaatenlösung konsequent festzuhalten“, die auf der Grundlage aller Beschlüsse und neuester Einschätzungen der UN ausgehandelt werden sollte: „Alles andere wäre ein Debakel für die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU in der arabischen Welt- und weit darüber hinaus.“

Man kann nur hoffen!

*Helmut Schäfer*